

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
**Erich Wittinghaus, Berlin.**  
**Telefon: Amt Dönhofs 4194/4195**



**Adresse für Verlag und Schriftleitung:**  
**Berlin O 2 61, Belle-Alliance-Platz 6**  
**Telefon: Amt Dönhofs**

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe letzterste 4 Wochen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. April 1918.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Mottenpulver her!

SPD. Kaum dass Otto Braun den Kampf um Preussen eröffnet hat, als sich bereits sämtliche Mottenkisten Ostelbiens öffneten und ihre Schwarmgeister in die frische Luft liessen. Wie das jetzt schwirrt und surrt, und was sich da ans Licht wagt! Die ältesten, längst totgeglaubten Falter und Mumien sind wieder da und wittern Frühlingsluft. Potz Tausend, da sind sie wieder, die Itzenplitz und Köckeritz, diese selbstlosen Vaterlandsretter, deren Patriotismus und Mannentreue schon bei den alten Kurfürsten nicht weiterging als bis zum Portemonnaie.

Weil einmal so ein Hohenzoller diesen Raubrittern und Strauchdieben ein wenig die Klauen beschneiden wollte, schlugen sie ihm damals den Vers an die Türe: "Joachimki, Joachimki, fangen wir di so hangen wir di!", und so waren sie; so sind sie geblieben, die Ritter von Ar und Halm. Wenn ihnen der preussische Staat und das Volk nicht die grüne Weide blieben, auf der sie allein und ausschliesslich nach Herzenslust grasen durften, dann konnte ihnen der ganze Schnee verbrennen samt Thron und Altar: denn nur dann "der König absolut; wenn er unsern Willen tut!" Und er tat es! Denn nichts anderes war dieser preussische Staat von Anbeginn bis zum November 1918; als die ausschliessliche Domäne des preussischen Adels, zu denen sich später die Schlotbarone und Erzherzöge gesellten; eine so ausschliessliche Domäne, dass es genügt ein einziges Wort des Geschichtsschreibers der Hohenzollern, Heinrich v. Treitschke, zu zitieren, der von den preussischen Junkern des Jahres 1906 berichtet: "wie ein Geschmeiss hungriger Fliegen stürzte sich damals Preussens hoher Adel auf das aus tausend Wunden blutende Vaterland!"

Damals wie heute: ein Geschmeiss, das nicht satt werden kann, mögen Land und Volk aus noch so vielen Wunden bluten. Mit einem Wahlrecht, das selbst ein Bismarck als "das elendste der Welt" bezeichnet hat, mit diesem Dreiklassen-Unrecht hielten sie sich an der Macht. Die in der ersten Klasse abgegebene Stimme des Gutsbesitzers oder Fabrikanten zählte genau soviel und war genau soviel Macht, wie die Stimme von tausend Landarbeitern oder tausend Fabrikarbeitern in der dritten Klasse. So haben sie regiert, so haben sie sich ihre Parlamentsmehrheiten verschafft, so hatten sie alle Staatsposten und Regierungsämter inne, die Offiziersstellen des Heeres und der Marine, alle und jede Pfründe, für sich, für ihre Kinder und Kindeskinde. Sie waren versorgt, lebten gute Tage, nur das Maulhalten und Steuerzahlen war den anderen Klassen überlassen. Das war das glorreiche System, das sich fortsetzte bis zur Offizierskost in den Schützengräben des Weltkrieges, während den Mannschaften und den "Gemeinen" der "Stacheldraht" und der Kohldampf reserviert waren. Wer eine öffentliche Unterstützung bezog, für den gab es überhaupt kein Wahlrecht und erst ein November 1918 musste kommen, die grosse Umwälzung, damit der Staatsbürger und Vaterlandsverteidiger wenigstens ein gleiches und geheimes Wahlrecht bekam; damit wenigstens die berüchtigte Gesinde-Ordnung aus Preussen

verschwand, die dem Gutsbesitzer das formelle Recht gab auf die Hochzeitsnacht der Gutsarbeiterin!

Das war es, ihr System, das Mittelalter, und so möchten sie es wieder haben, das wilhelminische Preussen. So haben sie es gewollt und erhalten, bis zum Zusammenbruch, bis der Sturm kam, der es auf den Kehrrichthaufen der Welt geschichte blies, wohin es hundert Jahre zuvor bereits gehört hätte. Heute, da wir das freie, gleiche geheime und direkte Wahlrecht besitzen, haben die Abgetakelten, wenn sie wieder zur Macht wollen, mit den Stimmen der Arbeiter, der Angestellten, des Mittelstandes und vor allem mit den Frauen und Jugendlichen zu rechnen. Deshalb müssen die ehemaligen Erstklässer, die Krautjunker und Schlotbarone ihre Tarnkappen haben. Deshalb brauchen die Hugenberg und die Thyssen, die Itzeplitz und Köckeritz ihren Hitler, deshalb fliessen ihm ihre Gelder, öffnen sich für den Herrn des Braunen Hauses die Spalten der reaktionären Blätter, und alles andere ist nur Schein und Trug, Maskerade und Mummenschanz. "Blamier mich nicht mein liebes Kind, und grüss mich nicht unter den Linden, wenn wir erst mal zu Hause sind, wird sich schon alles finden!"

Es wird sich finden, wie die Massen belogen und betrogen werden sollen, das Programm der Herren Hitler und Goebbels gibt den Vorgeschmack. Drum öffnen sich jetzt die Mottenkisten und sie kommen heraus die Mumien und Nachtfalter und alles was ohne zu säen nur dann ernten, leben und fressen kann, wenn es draussen dunkel ist. Da kommt so einer wieder, wie der Herr Generaloberst v. Einem, um in Hugenbergs Berliner "Tag" "den Grundstein zu legen für die Neugestaltung des alten Preussen" "durch eine nationale Revolution!" So leicht geht selbst einem ehemaligen preussischen Kriegsminister das Wort "Revolution" von den Lippen, wenn es gilt wieder an die Krippe zu kommen. Dies Ziel zu erreichen, dazu ist den Herren des altpreussischen Systems kein Mittel zu gering und sei es, dass sich so ein ehemaliger Kriegsminister selbst aufs Maul schlägt. Da waren es die 110 Sozialdemokraten des Reichstags von 1912, "die Deutschland Unglück besiegelt haben" und an allem Elend schuld sind. Derselbe Schwatzmajor erinnert sich aber in dem gleichen Artikel, dass er nur Musspreusse ist und als ehemaliger Hannoveraner im Jahre 1866 annektiert wurde. "Ich habe die Preussen in mein Heimatland einbrechen sehen. Wir taten ihnen durch Sabotage Schaden, wo wir nur konnten." Trotzdem ist er ein guter Preusse geworden, denn die Weide der Hohenzollern war noch grösser als die der Welfenkönige. Als es dann galt im November 1918 für Thron und Vaterland zu sterben, kroch dieser Urpreusse und Held genau so in die Mottenkiste wie er es 1866 und wie sie es 1918 alle taten, die das Volk und das Tageslicht zu fürchten hatten. Jetzt aber sind sie wieder da, denn sie wittern Aas. Gemach! Wir werden ihnen "Feuer auf den Frack" geben und noch ist Mottenpulver genug für alle Mumien und Nachtfalter.

-----

SPD. Der Preussische Landtag hat am Dienstag die von den drei Regierungsparteien beantragte Abänderung der Geschäftsordnung trotz der Obstruktion der vereinigten Rechtsparteien und Kommunisten angenommen. Die bisher geltende Geschäftsordnung bestimmte im § 20, dass bei der Wahl des Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit entscheidet. Erhalte aber keiner der vorgeschlagenen Kandidaten die absolute Mehrheit, so finde zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen Stichwahl statt, und gewählt sei, wer die meisten Stimmen erhält. Diese Bestimmung über die Stichwahl wollten die Regierungsparteien gestrichen wissen. Sie haben am Dienstag ihren Willen durchgesetzt.

Die Oppositionsparteien haben dieses Vorgehen mit einem gewaltigen Aufwand unehrlicher moralischer Entrüstung als Schiebung und Schwindelmanöver bezeichnet. Es lohnt kaum, diesen Unsinn zu widerlegen. Weder die Verfassung Bayerns noch die Sachsens noch die Württembergs noch die Hessens enthält bei sonst gleichlautenden Vorschriften über die Wahl des Ministerpräsidenten die

oisher allein in Preussen vorgesehene Stichwahlmöglichkeit. Die Preussische Verfassung bestimmt ausdrücklich, dass zum Sturz eines Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit der Stimmen notwendig ist und zwar nicht nur die absolute Mehrheit der Stimmen der Anwesenden, sondern die absolute Mehrheit der Abgeordneten überhaupt. Offenbar ist es eine Sinnwidrigkeit, wenn der Sturz des Ministerpräsidenten an schwer zu erfüllende Bedingungen geknüpft wird, seine Wahl durch irgend eine relative Zufallsstimmenmehrheit zuzulassen.

Aber mit solchen allgemeinen rechtspolitischen Betrachtungen kommt man natürlich in der Politik nicht sehr weit. Ueber den politischen Sinn des Antrages waren sich die Antragsteller ebenso klar wie die Gegner. Es besteht für den nächsten Landtag die Wahrscheinlichkeit, dass die Oppositionsparteien der Rechten - sagen wir einmal - 200 Abgeordnete bekommen, die Weimarer Koalitionsparteien 195 und die Kommunisten 50. Dann wäre nach der bisherigen Stichwahlbestimmung der Kandidat der Rechtsparteien durch die Nichtbeteiligung der Kommunisten an der Stichwahl zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Am nächsten Tage wäre er natürlich durch ein Misstrauensvotum wieder gestürzt worden, dem auch die Kommunisten zugestimmt hätten. Am übernächsten Tage wäre er wieder gewählt worden und am vierten Tage wieder gestürzt. Aber trotz aller Misstrauensvoten, die dutzendweis eingebracht hätten werden können, wäre er im Amt geblieben. Jetzt nachdem die Stichwahlbestimmung gestrichen ist, wird an die Stelle des jetzt amtierenden Ministeriums Otto Braun ein neuer Ministerpräsident erst dann gesetzt werden, wenn er die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt hat.

Selbstverständlich hat der nächste Landtag das Recht, die Geschäftsordnung wieder abzuändern. Und es wird sich eine Mehrheit für Abänderung der Geschäftsordnung finden, wenn auch die Kommunisten dafür eintreten. Sie könnten dann freilich ebensogut direkt für den Kandidaten der Rechtsparteien als Ministerpräsidenten stimmen und ihm dadurch zur absoluten Mehrheit verhelfen. Ob sie das eine oder das andere tun werden, bleibt abzuwarten; bei ihrem grenzenlosen Hass gegen den "Hauptfeind", die Sozialdemokratie, ist alles möglich. Aber wenn eben in Preussen die Staatsmacht an die Faschisten ausgeliefert werden soll, dann soll das wenigstens nicht geschehen, ohne dass die Kommunisten die volle Verantwortung dafür übernehmen nicht nur durch passives Geschehenlassen, sondern auch durch positive Unterstützung der Faschisten.

Die Regierungskoalition hat, wie der staatsparteiliche Abgeordnete Nuschke am Dienstag treffend sagte, ihre Pflicht getan, als sie alles, was in ihrer Macht stand, aufgewendet hat, um die Auslieferung der Staatsmacht an Dilettanten und Verbrecher zu verhüten. Die Mehrheitsparteien waren mit Ausnahme zweier erkrankter Abgeordneter restlos angetreten; auch von den zahlreichen bisherigen Abgeordneten, die nicht wieder kandidieren, fehlte nicht einer. Sie haben ihre Schuldigkeit getan; die weitere Entscheidung liegt am 24. April bei den preussischen Wählern.

-----

SPD. In einer Reihe von Braunschweiger Orten sind kommunistische Funktionäre, örtliche Führer der Kommunisten in die Partei Hitlers eingetreten. Sie sind ihren davongelaufenen Wählern nachgelaufen, und feiern nun mit ihnen Wiedersehen auf der anderen Seite der Barrikade. Es desertierten nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Offiziere.

Wir haben von der kommunistischen Presse gehört, dass die Wähler aus "revolutionärer Ungeduld" übergelaufen wären. Gilt das auch für die Funktionäre? Die Wahl ist vorbei, die Illusion, dass mit Hilfe kommunistischer Stimmen für Hitler sofort ein grosser Kladderadatsch in Szene gesetzt werden könnte, spielt keine Rolle mehr. Warum laufen die Funktionäre über, und noch dazu in Braunschweig?

Im Lande Braunschweig hat die Hitlerpartei ihr arbeiterfeindliches Wesen

klar gezeigt. Der Terror der braunen Banden gilt der Arbeiterschaft. Am Hitlertag in Braunschweig im vergangenen Jahr haben die braunen Banditen im Arbeiterviertel Braunschweigs gewütet. Die kommunistischen Funktionäre, die zu Hitler übergelaufen sind, wollen künftig dabei sein, wenn es wieder gegen die Arbeiter geht, sie wollen diesmal mit auf die Arbeiter einschlagen! Sie kämpfen gegen den Faschismus, indem sie sich zu seinen Knechten machen!

Auf diese Sorte von Kommunisten hat der Terror gewirkt. Sie wollen nicht ihre ganze Person mehr einsetzen gegen den Faschismus. Weil sie keinen Opfermut besitzen, opfern sie ihre Gesinnung, die ideelle Verbundenheit mit ihrer Klasse, werden sie zu Verrätern an der Arbeiterklasse. Das ist der wahre politische Banditismus, der sich hier zeigt!

Das ist die Frucht der von Moskau importierten Diktaturmethoden in der kommunistischen Partei! Der Kommunist hat nicht zu denken, nur zu gehorchen. In Russland heisst es: Stalin hat recht. In Deutschland heisst es: die Zentrale hat recht. Wer an solche Abtötung des politischen Denkens gewöhnt ist, der kann ebensogut sagen: Hitler hat recht. Wo ist der Unterschied? Er gehorcht und schlägt ein auf Arbeitsbrüder auf Befehl - wofür? Ist gleich, Hauptsache, dass eingeschlagen wird. Es zeigt sich, dass die Moskauer Methoden der Erziehung zum Faschismus dienen! Das Ueberlaufen zu Hitler sollte den Moskauer Diktatoren eine ernste Warnung sein!

Die KPD aber preist sich nach wie vor als die einzige Kampfpartei gegen den Faschismus an. Feine Kampfpartei gegen den Faschismus! Kein ehrlicher Arbeiter ist bei ihr sicher, dass sie nicht nach der Preussewahl in "revolutionärer Ungeduld" für Herrn Frick als preussischen Ministerpräsidenten stimmt! Es gilt deshalb, bei den Preussenwahlen die KPD so aufs Haupt zu schlagen, dass sie als Hilfstruppe für den Faschismus ausfällt!

-----

SPD. In einem Teil der Presse wird zurzeit die Frage eines Verbots sämtlicher Wehrverbände erörtert. Ein derartiges Verbot ist jedoch nicht beabsichtigt. Welche Konsequenzen Reichspräsident und Reichsregierung aus dem Ergebnis der preussischen Polizeiaktion gegen Hitlers Privatarmee ziehen werden, dürfte sich bis Mittwoch-Abend entscheiden.

-----

SPD. Genf, 12. April (Eig. Drahtb.)

In der Generalkommission der Abrüstungskonferenz lehnte Tardieu am Dienstag jede Abschaffung von sogenannten Angriffswaffen ab. Alle Waffen könnten zum Angriff und zur Verteidigung zugleich benutzt werden. Er bestand auf Frankreichs Vorschlag; durch Organisierung des Friedens die Anwendung der Waffen zu regeln. Nur durch Ausstattung des Völkerbundes mit überlegenen Rüstungen könne der Angriff verhindert und der Krieg ausgeschaltet werden.

Litwinow-Russland führte den Beschluss zur Entscheidung von Grundfragen zurück auf die Formel: Sind die versammelten Staaten bereit, ihre Rüstungen wenigstens teilweise in wirksamer Weise zu vermindern? Werde diese Frage, wie bereits die Totalabrüstung ebenfalls verneint, dann könnte das Scheitern der Konferenz auch nicht durch ablenkende Beschlüsse über moralische Abrüstung, Sicherheit oder selbst Abschaffung dieser oder jener Waffenart verschleiert werden. Zur Entscheidung dieses Prinzips schlug Litwinow die Änderung des Artikels 1 des Konventionsentwurfes vor, der lauten sollte: "Die Teilnehmer verpflichten sich zur Durchführung einer materiellen Verminderung ihrer bestehenden Rüstungen nach dem Prinzip der Steigerung und der Proportion laut den Festsetzungen im vorliegenden Abkommen." Für die Heeresstärke schlug er drei Gruppen vor. 1. Unberührt sollen bleiben Armeen bis 20 000 Mann. 2. Vermindert sollen werden Armeen bis 50 000 Mann um 5 Prozent, bis 100 000 Mann um

25 Prozent, bis 130 000 Mann um 30 Prozent, bis 170 000 Mann um 40 Prozent. Armeen über 200 000 Mann sollen um 50 Prozent herabgesetzt werden. Die gleichen Prinzipien müssten zur See und in der Luft angewandt werden, wobei die bereits abgerüsteten Staaten ausserhalb dieser Abmachungen bleiben müssten. Dazu komme das Prinzip der Gleichberechtigung, sowie das Verbot jedes Militärbündnisses. Gibsons Vorschlag nehme Russland an. Man dürfe aber die Abschaffung gewisser Waffen nicht isoliert behandeln.

-----

SPD. Der Preussische Minister des Innern teilt mit :

"Nachdem die in dem Rechtsstreit des Verlages des "Niedersächsischen Beobachters" in Hannover gegen den dortigen Oberpräsidenten ergangene einstweilige Verfügung durch Urteil des Landgerichts in Hannover vom 9. April d.J. bestätigt worden ist, hat der Preussische Minister des Innern gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht in Celle Berufung einlegen lassen. Da es sich bei der Anordnung des Oberpräsidenten an die Regierungspräsidenten und Polizei behörden, die Wahlpropaganda der niedersächsischen Tageszeitung nach Massgabe der Bestimmungen der Notverordnungen des Reichspräsidenten über Verbreitung von Flugblättern zu behandeln, zweifelsfrei um eine rein polizeiliche Massnahme handelt, die nur im Verwaltungswege angefochten werden kann, aber nicht der Entscheidung durch die Zivilgerichte unterliegt, kann erwartet werden, dass die einstweilige Verfügung mit ihrer offensichtlich unhaltbaren Begründung alsbald wieder aufgehoben wird. Ueberdies hat der Preussische Minister des Innern den Herrn Justizminister gebeten, zu prüfen, ob aus dem Inhalt der Begründung - unbeschadet der richterlichen Unabhängigkeit - sich Anlass ergibt, im Rahmen der Dienstaufsicht gegen die an dem Zustandekommen der einstweiligen Verfügung beteiligten Richter einzuschreiten.

-----

SPD. Paris, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die Geldschränke der Hanaubank sind, nachdem sich der Direktor geweigert hatte, die Schlüssel herauszugeben, am Dienstag auf Anordnung des Untersuchungsrichters gewaltsam geöffnet worden. Ihr Inhalt bestand hauptsächlich aus Akten die sich auf Frau Hanau persönlich und ihre Zeitschrift "Forces" beziehen. Die Dokumente sind beschlagnahmt worden.

-----

SPD. Der Gau Rheinland des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erlässt zu Hitlers Lauenburger Rede folgende Kundgebung :

"Der Parteiführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler hat in Lauenburg in Pommern unter dem Beifall seiner Anhänger erklärt: "Wenn man seiner Partei vorwerfe, dass sie sich einstweilen weigere, die deutsche Grenze zu schützen, so müsse er allerdings sagen, dass er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle. Er werde die Grenze erst dann schützen, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären."

Diese Ausführungen eines angeblich nationalen Mannes sind so ungeheuerlich, dass dagegen leidenschaftlichster Protest all derjenigen erhoben werden muss, die sich noch einen Funken Verantwortungsgefühl für Volk und Vaterland bewahrt haben.

Ist es national, in Zeiten der Gefahr zu fragen, wer regiert das Land? Ist es national, den Gedanken auch nur zu erwägen, mit der Not des Vaterlan-

des politische Schachergeschäfte zu verbinden?

Hat die deutsche Arbeiterklasse 1914 danach gefragt, wer regiert das Land? Hat nicht selbst der konservative Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Reichstag das Gröger-Wort sich zu eigen gemacht, dass Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war?

Was wäre aus der deutschen Nation, aus der deutschen Einheit geworden, wenn nicht immer wieder die Männer aus dem Volke für die wahren nationalen Ziele eingestanden wären?

Wir in der westlichen Grenzmark haben praktischen Dienst am Vaterlande geleistet, als Hitler mit wahnwitzigen Putschversuchen das deutsche Volk noch tiefer ins Elend stossen wollte. Aus diesem Grunde nehmen die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Rheinland vereinigten Frontkämpfer das Recht für sich in Anspruch, gegen diese allen nationalen Grundsätzen Hohn sprechenden Auslassungen Hitlers den schärfsten Einspruch zu erheben. Sollte diese Hitler'sche Auffassung von der nationalen Pflicht Geltung haben, dann hätte Deutschland als Nation aufgehört zu existieren."

-----

SPD. München, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die gewissenlosen Volksverhetzer vom Hakenkreuz predigen den Bauern auf dem Lande, dass es der Landwirtschaft noch nie so schlecht ergangen sei wie "unter dem gegenwärtigen System". Als gerissene Verführer spekulieren sie auf die Unkenntnis und Vergesslichkeit der Menschen.

In Anbetracht dessen ist es recht bemerkenswert, was ein soeben von der Bayerischen Landesbauernkammer, einer gewiss unverdächtigen Stelle, veröffentlichter Bericht über die Lage der bayerischen Landwirtschaft zu sagen hat. Nach diesem Bericht wurden im vorigen Jahr in Bayern 971 bäuerliche Anwesen zwangsversteigert, eine erschreckend hohe Zahl. Aber das ist alles schon einmal in viel schlimmerem Ausmass dagewesen. Im Jahre 1880 - so stellt der Bericht fest - gerieten unter gänzlich anderen politischen Verhältnissen in Bayern 3739 Anwesen unter den Hammer.

Auch in anderer Hinsicht ist der Bericht der Bayerischen Landesbauernkammer recht interessant, da er für den Berichtsmonat März fast in allen Zweigen der Landwirtschaft eine Besserung feststellt, von der man vernünftiger Weise nicht zu glauben braucht, dass sie ausschliesslich nur auf Bayern begrenzt ist. So wird festgestellt, dass auf den Viehmärkten der Preisabsturz ganz eindeutig zum Stillstand gekommen ist, dass auf den Kälbermärkten die Preistendenz im März eindeutig nach aufwärts ging, dass die Getreidemärkte bei befriedigenden Preisen durchwegs stabil lagen und dass auf den landwirtschaftlichen Arbeitsmärkten eine stärkere Nachfrage vornehmlich nach jüngeren Arbeitskräften herrscht, was nicht ausschliesslich nur auf die Frühjahrsbestellung zurückzuführen sei.

-----

SPD. Paris, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die französischen Zeitungen kritisieren fast ausnahmslos den am Montag von dem amerikanischen Delegierten Gibson in Genf eingebrachten Abrüstungsvorschlag, der als Ueberraschungsmanöver oder Theatercoup bezeichnet wird und sprechen ihre Befriedigung darüber aus, dass es Tardieu gelungen ist, diesen Vorschlag, der wegen seiner Beschränkung auf Abrüstung der Landwaffe hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet sei, an das Büro der Konferenz zurückverweisen zu lassen.

Der "Temps" erklärt, dieses Verhalten entspreche einem gesunden Menschenverstand, wenn man in Genf ein aufrichtiges und dauerhaftes Werk voll-

bringen wolle. Es wäre unzulässig, die Abrüstung der Mächte zu verlangen, für die wegen ihrer geographischen Lage die Landstreitkräfte die hauptsächlichste Garantie ihrer Sicherheit darstellen, während die Nationen, die gegen einen Einfall geschützt sind und in der Beherrschung der Meere die beste Garantie erblicken, weiter über die furchtbarsten Angriffswaffen frei verfügen würden. Eine derartige Rückweisung wäre eine Ungerechtigkeit, auf die sich Frankreich in keinem Falle einlassen könnte.

Das schwerindustrielle "Journal des Débats" begrüsst gleichfalls die Zurückweisung des Antrages und schreibt: "Wir glauben mehr als je, dass man weiter schlechte Arbeit in Genf leisten wird, wenn man sich nicht dazu entschliesst, zunächst die wichtigste Frage zu erörtern: welches ist der tatsächliche Stand der deutschen Rüstungen? Wie kann man den Anspruch erheben, irgendeinen Beschluss zu fassen, wenn man stillschweigend die Existenz der Geheimrüstungen Deutschlands zugibt?"

-----

SPD. Braunschweig, 12. April (Eig. Dr.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Braunschweigischen Landtags Thielemann fragte den braunschweigischen Minister Küchenthal am Dienstag, ob Regierungsrat Hitler noch in braunschweigischen Staatsdiensten stehe, und, falls dies zutrefte, wann dieser Beamte seinen Dienst aufnehmen wolle. Küchenthal lehnte eine mündliche Antwort ab. Er wird nunmehr durch eine kleine Anfrage zur Auskunft gezwungen werden.

Hitler ist seinerzeit nur unter der Bedingung als braunschweigischer Staatsbeamter eingestellt worden, dass er sich verpflichtete, sein Amt auch auszuüben. Bisher scheint Hitler wenig Neigung zur Einlösung seines Versprechens zu spüren.

-----

SPD. Genf, 12. April (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag-Nachmittag die Beratung des Berichtes der Finanzkommission über die Hilfe für die Donauländer auf seine nächste Tagung im Mai verschoben. Inzwischen sollen die Sachverständigen der vier Mächte, die an der Londoner Konferenz beteiligt waren, praktische Vorschläge ausarbeiten unter Mithilfe des Finanzkomitees und der technischen Organe des Völkerbundes.

Zu Beginn der Beratung gab Tardieu als Ratsvorsitzender einen Bericht über die Londoner Konferenz. Danach seien die Mächte einig gewesen für die rasche Handlung. Nach Regelung der finanziellen Frage müssten die betreffenden Regierungen selbst Massnahmen für einen wirtschaftlichen Ausgleich ergreifen. Um Zeit für das Gutachten der Sachverständigen der vier Grossmächte zu gewinnen, müsse die Beratung des Berichtes des Finanzkomitees auf die nächste Ratstagung verschoben werden. Simon-England und Grandi-Italien schlossen sich dem an und versprachen rascheste Arbeit. Von Bülow-Deutschland wandte sich besonders gegen Uebertreibungen der Schwierigkeiten zwischen den Mächten in London. Es sei unmöglich, in so kurzer Zeit die Fülle der technischen Fragen völlig zu lösen. Ohne Zweifel werde eine gute Lösung gefunden, zu der Deutschland sein Bestes beitragen werde.

Tardieu schloss mit der Feststellung der Uebereinstimmung in London über die Ursachen der Not der Donaustaaten und ihre Abhilfe. Bei allen Regelungen werde jede der vier Regierungen ihre volle Freiheit für die Konferenz von Lausanne behalten. Die freiwillige Ausschaltung des Rates zugunsten der Regelung nur durch die vier Grossmächte wurde dann einstimmig in einer entsprechenden Resolution festgelegt.

-----

SPD. Die Pressestimmen aus der ganzen Welt zum Ausgang der Reichspräsidentenwahl liegen jetzt vor. Ueberall ist die Wiederwahl Hindenburgs begrüßt worden und mit besonderer Genugtuung wurde vermerkt, dass seine Stimmzahl gegenüber dem ersten Wahlgang noch um mehrere hunderttausend Stimmen vergrößert und sogar die absolute Mehrheit klar überschritten werden konnte. Allerdings wird auch die Besorgnis nicht verschwiegen, die das Anwachsen der Hitlerstimmen bei all denen erzeugt hat, die in der nationalsozialistischen Bewegung ein Element der Unruhe und der Unordnung erblicken. Dass dieser Zuwachs nicht nur, wie erwartet, aus den Wählerreihen Duesterbergs, sondern auch aus dem Lager Thälmanns stammt, wird als ein Grund mehr bezeichnet, die weitere Entwicklung in Deutschland, vor allem bis zu den Preussenwahlen, mit Aufmerksamkeit und Zurückhaltung zu betrachten.

Mit anderen Worten: das internationale Vertrauen zu Deutschland, das eine unerlässliche Vorbedingung für dessen wirtschaftliche Gesundheit bildet, ist noch nicht völlig wieder hergestellt. Hätte Hitler gesiegt, dann wäre es mit einem Schlage zerstört worden und wir würden schon jetzt die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen dieses Unheils zu spüren haben. Hindenburgs Sieg hat der Welt neue Hoffnung auf eine innere Konsolidierung und auf einen Wiederaufstieg Deutschlands gegeben, aber die wirtschaftlichen Rückwirkungen dieses Sieges der Vernunft können sich noch nicht voll auswirken, weil die Vermehrung der Hitlerstimmen noch immer als ein Argument gegen Deutschland verwertet werden kann.

Wenn die nationalsozialistische Presse jene Auslandsstimmen mit besondere Genugtuung verzeichnet, in denen diese Besorgnisse zum Ausdruck kommen, so liegt darin ein reichliches Mass von Weltfremdheit - oder auch von Zynismus. Denn je stärker draussen in der Welt die Sorge um die Zukunft Deutschlands im Hinblick auf die Stärke der Hitlerbewegung zum Ausdruck gebracht wird, desto schwerer wird es sein, die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln, die nun einmal auf internationale Kredite, das heisst auf internationales Vertrauen angewiesen ist.

Es gibt allerdings drei Kategorien von Auslandsblättern, die die Wiederwahl Hindenburgs mehr oder minder offen bedauern. Das sind einmal natürlich die kommunistischen Blätter der ganzen Welt, die unter Führung der Moskauer Presse weiter bemüht sind, nachzuweisen, dass Hindenburg und Hitler im Grunde genommen dasselbe bedeuten, dass sie beide Exponenten des Faschismus seien. Sie müssen an diesem Irrsinn schon deshalb festhalten, weil Hindenburg seinen Sieg vor allem der Unterstützung durch die Sozialdemokratie verdankt und weil für die Bolschewisten bekanntlich die Sozialdemokratie oder, wie sie so schön sagen, der "Sozialfaschismus", der Hauptfeind ist.

Die zweite Kategorie der Enttäuschten ist in Frankreich zu finden. Dort sind es die nationalistischen und reaktionären Blätter, die ebenfalls krampfhaft bemüht sind, die Bedeutung des Sieges Hindenburgs zu verkleinern und denen der Stimmenzuwachs Hitlers am 10. April ein Geschenk des Himmels ist. Wenn es nach ihren Wünschen gegangen wäre, konnte Hitler nicht genug Stimmen kriegen, wäre Hitler gewählt worden. Denn die ärgsten Feinde Deutschlands in Frankreich benötigen für ihre Propaganda nationalsozialistische Erfolge in Deutschland wie das liebe Brot. Dieselben Kreise, die den Versailler Vertrag als zu milde kritisierten, die zur Ruhrbesetzung drängten, die gegen die Rheinlandräumung hetzten, die jedes Zugeständnis an den deutschen Standpunkt sowohl in der Reparations- wie auch in der Abrüstungsfrage als ein nationales Verbrechen bekämpfen, wünschten Hindenburgs Niederlage, um die eigenen Wähler mit dem Schreckgespenst des Hitlerschen Revanchekrieges kopfscheu zu machen. Nachdem ihre Hoffnung auf Hitlers Sieg enttäuscht worden ist, klammern sie sich jetzt an die Hoffnung auf eine Niederlage Brauns und Severings in Preussen. Diese stillschweigende Bundesgenossenschaft und Interessengemeinschaft zwischen der französischen und der deutschen Rechten ist ebenso zynisch und



ebenso pervers wie das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, das wir hierzulande seit Jahren erleben müssen.

Die dritte Kategorie von Enttäuschten ist die italienische Faschisten-presse. Schon nach dem 13. März hatten sich einzelne römische Faschistenblät-ter so plump und gehässig über Hindenburg geäußert, dass man sich in diplomatischen Kreisen Roms über diese Taktlosigkeit wunderte. Denn bekanntlich ist die gesamte italienische Presse unter dem Faschismus als offiziös zu betrachten, sie schreibt nur das, was die Regierung wünscht und nichts, was den Regierungsansichten widerspricht. Es war damals sogar das Gerücht verbreitet, dass die Deutsche Botschaft diplomatische Vorstellungen in Rom erhoben hätte. Sicher war dieses Gerücht falsch, denn das deutsche Auswärtige Amt besitzt viel zu wenig Rückgrat, um sich zu einer solchen Aktion aufzuraffen. Dabei wäre ein solcher Protest in einem Lande, wo die Pressefreiheit völlig aufgehoben ist und die Zeitungen samt und sonders Regierungsorgane sind, durchaus angebracht gewesen.

Auch jetzt überschlägt sich die italienische Presse förmlich in Lobeshymnen über die unwiderstehliche Kraft Hitlers, über seinen unaufhaltsamen Vormarsch, über seinen nahenden Sieg und frohlockt über die erhoffte Niederlage Otto Brauns und Severings in Preussen. Gewiss spielen dabei innerpolitische Momente eine Rolle: ebenso wie die Moskauer Presse den Auftrag hat, täglich zu beweisen, dass die Weltrevolution auf dem Marsch ist - was ihr allerdings seit dem 10. April ziemlich schwer fallen dürfte - ebenso ist die faschistische Regierung Italiens angesichts der wachsenden Misstimmung im eigenen Lande daran interessiert, zu beweisen, dass gleichgesinnte Bewegungen im Auslande Fortschritte machen und dass der internationale Sozialismus abgewirtschaftet habe.

Das deutsche Volk wird in Preussen, in Bayern und in anderen Ländern am 24. April die gebührende Antwort auf diese Spekulationen der französischen Nationalisten und der italienischen Faschisten erteilen.

-----

SPD. Genf, 12. April (Eig. Drahtb.)

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz wurde am Dienstag von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates Maheim-Belgien mit einer längeren Begrüßungsrede an die 47 vertretenen Nationen eröffnet. An der Konferenz nehmen 32 Vertreter von Regierungen, 32 von Unternehmern und 31 von Arbeiterorganisationen teil.

Maheim erinnerte daran, dass bis jetzt insgesamt 480 Ratifikationen internationaler Abkommen erfolgt sind. Er besprach darauf die vier Tagesordnungspunkte, von denen die teilweise Revision der Konvention über den Unfallschutz der Schiffsverladearbeiter eine rein technische Revision darstelle zur Erleichterung der Ratifizierung und Anwendung. Die drei anderen Punkte bedeuteten eine Verstärkung oder Vervollständigung der internationalen Gesetzgebung. Die Aufhebung der Arbeitsvermittlungsbüros gegen Bezahlung stamme von der 1919 angenommenen Konvention über die Arbeitslosigkeit, die die Errichtung öffentlicher und unentgeltlicher Arbeitsämter vorsehe. Die jetzige Konferenz habe zu entscheiden, ob nicht die Zeit gekommen sei, die damals nur empfohlene Aufhebung der bezahlten Arbeitsvermittlung durch eine Konvention zu ersetzen? Die Errichtung einer Versicherung gegen Invalidität, Alter und Tod solle den Kranz der bestehenden sozialpolitischen Abkommen vervollständigen. Endlich könne das Abkommen über das Mindestzulassungsalter von Kindern zur Arbeit in nichtindustriellen Berufen in der vorgeschriebenen zweiten Lesung angenommen werden.

Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde einstimmig der kanadische Regierungsvertreter Robertson gewählt.

-----

SPD. Im Berliner Mozartsaal fand am Dienstag abend vor dicht besetztem Hause die Uraufführung eines Preussen-Films statt. "Haushalt" ist das Stichwort dieser Bild- und Tonfolge, die dem Stammtischpolitiker sowie allen Feinde des Volksstaates viel Missbehagen bereiten dürfte. Umsomehr wird jeder diesen Film begrüßen, dem es am Herzen liegt, dass am 24. April nicht das Schlagwort und die Phrase über das Geschick von Preussen bestimmen sollen.

In der Eisenbahn sitzen zwei dieser Bierbankrevolutionäre und vertreiben sich die Zeit, indem sie über das System schimpfen. Zufällig stoßen sie aber auf einen Mitreisenden, der die Brüder kennt und ihnen mit barer Münze auszahlen kann. Dieser Kenner zeigt, welche gewaltige positive Aufbauarbeit das Preussen der republikanischen Koalition in den bisherigen 13 Jahren geleistet hat. Ein durch vier Jahre Krieg und Niederlage zerrüttetes und völlig herabgewirtschaftetes Land musste die Republik übernehmen. Aber kein Gebiet der öffentlichen und privaten Wirtschaft, ob Industrie, ob Schifffahrt oder Landwirtschaft, das nicht von diesem neuen Preussen betreut worden wäre. Gewaltige Siedlungen, Wohnungsneubauten und fruchtbares, dem Meer oder dem Sumpf abgerungenes Neuland tauchen auf, frei wird der Rhein und selbst der verstockteste Gegner von Braun und dem "System" rührt die Hände zum Beifall, wenn diese Bilder vorüberziehen. Gewiss lastet die entsetzliche Wirtschaftskrise auch auf Preussen, drückt Staat und Land und hemmt den Aufbau. "Aber ist diese, die gesamte Welt heimsuchende Krise die Schuld Preussens?", fragt der Mitreisende seine beiden Gegner. "Liegt es in Preussens Hand, die Menschheit von dieser Last zu befreien?"

Weiter rollen die Bilder. Schulen, Universitätseinrichtungen, Sportplätze und neue Krankenhäuser werden sichtbar. Und wenn sich in diesen modernen sozialen Anstalten die Kinder tummeln, wenn sie singen, lachen und musizieren, dann dankt der spontane Jubel der mitgerissenen Zuhörer nicht nur für die gelungenen Aufnahmen, sondern auch für dieses Werk des neuen Preussen und seiner Führer.

Taten und nicht hohle Agitationsphrasen zeigt dieser Film, der ganz besonders bei den von den radikalen Parteien verhetzten Wählern ein vorzüglicher Anschauungs- und Aufklärungsunterricht sein wird.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

---

---

## ERSCHIEINT NACH BEDARF

---

---

### Die Jungen von Potsdam.

---

SPD. In der Unterprima einer Potsdamer höheren Schule hat sich Schreckliches begeben. Bei der Versetzung in die Oberprima zu Ostern wurden von 30 Schülern nur 14 versetzt. 16, also mehr als die Hälfte, blieben sitzen. Von diesen 30 Schülern waren 21 Jungen und 9 Mädchen. Die 9 Mädchen wurden sämtlich in die Oberprima versetzt, von den Jungen nur 5. 16 Jungen von 21 blieben glatt sitzen.

Über diese Schande herrscht in den Potsdamer nationalen Kreisen grosse Trauer. Man schmiedet ausschweifende Theorien, um dies Fiasko der Jungen gegenüber den Mädchen zu erklären. Schuld daran ist natürlich nur die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen. Da in diesem Alter die Mädchen reifer und gesetzter sind als die Jungen, haben die Mädchen eben den Vorzug, die Jungen bleiben zurück, sie werden zurückgesetzt und verdrängt. Also Männer, wehrt Euch gegen die Unterdrückung durch das weibliche Geschlecht!

Es hätte nicht der Aufstellung besonderer Theorien bedurft, um zu erklären, warum ausgerechnet an einer Potsdamer höheren Schule von 21 Jungen 16 sitzen bleiben, während die Mädchen aus derselben Klasse sämtlich versetzt werden. Man hätte sich nur zu erkundigen brauchen, wieviele von den 16 nicht versetzten Jungen bei Hitlers S.A. mitlaufen! Wer sich in den braunen Schlägerkolonnen herumtreibt und nachts, anstatt im Bett zu liegen, auf den Strassen auf Republikaner lauert, um sie zu überfallen, der schläft in der Schule und lernt nichts!

Aber vielleicht geschieht nun ein übriges! Die Verseuchung der Lehrerschaft der höheren Schulen mit der Hakenkreuzgesinnung ist so weit vorgeschritten, dass sich leicht Abhilfe schaffen lässt. Bei der Zensierung braucht künftig nur die Tüchtigkeit der Schüler bei der SA-Betätigung berücksichtigt zu werden, und so wird sich ein entsprechender Ausgleich leicht schaffen lassen. Es wäre doch auch jammerschade, wenn die Potsdamer Jungen aus Hitlers SA. und dem Nationalsozialistischen Schülerbund es wegen ihrer Hitlerstreue nicht bis zum Abitur bringen sollten! Es könnte ja sonst die Möglichkeit eintreten, dass der nationalsozialistische Klamauk an den Universitäten schwächer wird. Also, nationalsozialistische Lehrer an die Front. SA-Betätigung muss künftig als Hauptfach gelten und entsprechend bewertet werden.

### Esser treibt Rassestudien.

---

Hermann Esser, einer der führenden Männer aus der Clique um Hitler, der Führer der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion in München, gehört zu den Leuten, mit denen Hitler nicht brechen kann, weil sie ebensoviel von ihm wissen, wie er von ihnen. Man erzählt sich in München sehr interessante Geschichten davon, auf welche Weise Esser zu seiner Führerstellung gekommen ist. Es soll sich dabei u.a. um eine Ohrfeige gehandelt haben, die Hitler von Esser erhielt, als Esser seinen Führer bei einer interessanten Unterhaltung überraschte.

Diesem Esser ist nun das Pech zugestossen, dass er am 21. März vor der Ehescheidungskammer in München als Hauptzeuge erscheinen musste und dass die Ehe auf Grund der Rolle, die Herr Esser dabei gespielt hat, geschieden wurde.

Das ist noch kein Verbrechen wider den Heiligen Geist vom Hakenkreuz, aber der Typ, der Herrn Esser interessiert hat, sicherlich nur um Rassestu-

dien zu betreiben, würde von dem Hakenkreuzprofessor Günther als ein ausgesprochen mediterraner Typ bezeichnet werden. Schwarz, ausgesprochen südländisch, um nicht zu sagen orientalisch.

Nach dem berühmten Gesetzentwurf, den die nationalsozialistische Reichstagsfraktion im Reichstage eingebracht hat, würde Herr Esser auf Grund seines Seitensprunges mindestens zehn Jahre Zuchthaus erhalten. Wie gut ist es doch, dass Adolf nicht gewählt worden ist, und dass die Herrlichkeiten des Dritten Reiches noch nicht angebrochen sind! Die Herren vom Braunen Haus dürfen also noch etwas sündigen mit den Typen, die sie lieben!

#### Sowjetkreuz und Hakenstern.

-----

In einem Bremer Wahllokal wurden die nationalsozialistischen Wahlhelfer mit Butterbroten versorgt. Zur grossen Ueberraschung aller Anwesenden wurden die Hakenkreuzbutterbrote gleich auch an die kommunistischen Wahlhelfer mit ausgeteilt. Man scheint im Hakenkreuzlager eine Ahnung gehabt zu haben, wie starke Neigung bei den Kommunisten besteht, zu Hitler überzulaufen!

Die traurige Seite der Angelegenheit tritt aus einer wenige Zeilen umfassenden Zeitungsmeldung hervor: "Im Krossener Krankenhaus verstarb am 10. März der einige Tage vorher von seinem eigenen Bruder, der Hitler SA-Mann ist, durch 8 Messerstiche verletzte Kommunist Panke."

#### Fünfzigjähriger Schwindel.

-----

Die nationalsozialistische Propaganda versucht Arbeiterstimmen zu fangen, indem sie den traurigen Schwindel aufwärmt, den das Unternehmertum schon vor fünfzig Jahren gegen die Sozialdemokratie in die Welt gesetzt hat, um die Arbeiter für die gelbe Bewegung einzusetzen. So liest man in der nationalsozialistischen Presse einen Aufsatz, der die Ueberschrift trägt: "Die Sozialdemokratie lebt vom Hunger der Arbeiter, - 60 Jahre Arbeiterverrat der Sozialdemokratie." Da lebt die Verelendungstheorie wieder auf, die Behauptung, dass die Sozialdemokratische Partei die Arbeiterinteressen mit Füßen trete, weil nur verelendete Arbeiter sozialdemokratisch sein könnten. Dass die Sozialdemokratie der Ansicht huldige, dass jede staatliche Massnahme zum Wohle der arbeitenden Klassen eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bedeute, dass die sozialdemokratische Politik darauf abziele, die Arbeiter im Elend zu erhalten.

Eben deshalb hat die Sozialdemokratie den Ausbau der Sozialpolitik und der Sozialversicherung geschaffen, den Hitler im Dritten Reich wieder abbauen möchte. Eben deshalb führen auch die freien Gewerkschaften Lohn-Kämpfe gegen das Unternehmertum, eben deshalb, um die Arbeiter zu verelenden, haben vor dem Beginn der Wirtschaftskrise Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit politischen und gewerkschaftlichen Mitteln die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesteigert, und dafür Sorge getragen, dass die Arbeitslosen nicht ohne Unterstützung der Not preisgegeben werden!

Die Schwerindustrie hat sich Herrn Hitler nicht etwa engagiert, damit er als Agent der Scharfmacher die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft bekämpft, er soll ihnen vielmehr im Auftrage der Schwerindustrie die höheren Löhne verschaffen, die die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sechzig Jahre lang durch ihren Arbeiterverrat verhindert haben!

Diese Agitation ist so blödsinnig, dass man annehmen sollte, dass kein Arbeiter auf sie hereinfällt. Trotzdem sind Kommunisten in Massen zu Hitler übergelaufen. Die haben nur gehört: "Arbeiterverrat der Sozialdemokratie", und weil sie das so oft in der kommunistischen Presse lesen, hat ihnen der nationalsozialistische Blödsinn eingeleuchtet. Wir beglückwünschen die KPD zu dieser Sorte von Erziehungsarbeit!

-----

# aus aller Welt

Der Schuss auf Luther.

Schlagworte und Scheuklappenmenschen - Wer ist Rechtsanwalt Roosen ?

SPD. Am Dienstag erliess der Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin Haftbefehl "wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer Waffe" gegen den 59 Jahre alten Finanzberater und früheren Rechtsanwalt Dr. Max Roosen und gegen den 34jährigen Nationalökonom Werner Kertscher. Die Angeeschuldigten haben am vergangenen Sonnabend auf dem Potsdamer Bahnhof das Revolverattentat auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Hans Luther verübt. Dr. Luther, der sich gerade zu internationalen Verhandlungen nach Basel begeben wollte, war nur leicht verletzt worden.

## Um Theorien - -!

Wir sind die Knallerei in Deutschland heute - leider gewohnt; kaum ein Tag vergeht, ohne dass nicht in irgend einem dunklen Winkel eine Pistole gezückt und ein Mensch umgelegt wird. Man nennt das bei uns "Politik". Die Gerichte haben volles Verständnis dafür - soweit die Schützen Angehörige der Rechtsparteien sind. Nach links ist man gegebenenfalls weniger verständnisvoll....

Aber im Falle Luther geht es nicht um "Rache", nicht um Befriedigung irgendwelcher Blutinstinkte. Es geht vielmehr um - Geldtheorien. Die Luther-schützen sind Anhänger einer Bewegung, deren Ziele allerdings der Allgemeinheit - aber wohl auch den meisten ihrer Anhänger - recht dunkel sind. Immerhin hat diese Bewegung, wenn nicht Ideen, so doch etwas, was heute hoch im Kurse steht: klingende, mitreissende Schlagworte! Sie lauten: Freigeld - Freiwirtschaft - Freiboden. Viel kann man sich dabei nicht vorstellen; aber unkritische Menschen können sich an Schlagworten berauschen; und der seelische Rausch erweist sich ja stets, wie auch die Hitlerbewegung aufs neue beweist, als ein zugkräftiges Werbemittel. In unmittelbarer Verbindung mit einer Partei steht diese Freigeldbewegung wahrscheinlich nicht; gesinnungsmässig aber ist sie den Nationalsozialisten nicht fern.

## Leben eines Fanatikers.

Wie kamen nun die beiden schiessfreudigen Herren darauf, sich auf solche mexikanische Weise mit Dr. Luther auseinanderzusetzen? Der Urheber des Plans scheint Dr. Roosen zu sein; er wollte offenbar den Reichsbankpräsidenten nicht töten, sondern nur, wie er sich ausdrückt, "die Oeffentlichkeit alarmieren". Sein Leben beweist: er ist ein Fanatiker, ein Besessener, eine Michael Kohlhaas-Natur. Seine Biographie liest sich wie ein Roman: Jugend in Buenos Aires; Studium der Rechtswissenschaft in Deutschland; Niederlassung als Rechtsanwalt in Hamburg. Roosen deckt Misstände in einem Krankenhaus auf - man droht, den Enthüller zu boykottieren; er verlässt Hamburg, zieht nach Paris. In Paris verdient sich Roosen, der auch aussergewöhnlich musikbegabt ist, sein tägliches Brot als Klavierlehrer, ausserdem als Journalist; er schreibt für französische Blätter Berichte über den Dreyfussprozess. Von Paris zieht der ewig Unruhige nach Italien; komponiert eine grössere Oper; wird aufgeführt; hat überhaupt Erfolge. Nach dem Weltkrieg, den Roosen in der deutschen Armee mitgemacht hat, lässt er sich als Finanzberater in Berlin nieder. Ausserdem ist er ein beliebter und von vielen Seiten oft herbeizitiertes Rechtskonsultent; man weiss, dass er sich für eine Sache, von der er überzeugt ist, restlos einsetzt. Aber mit dem Wachsen der Wirtschaftskrise gestalten sich seine Vermö-

gensverhältnisse immer schwieriger; er ist eine luxuriöse, fast verschwenderische Lebensführung gewohnt; es fällt ihm schwer, sich einzuschränken. Doch auch unter veränderten äusserlichen Umständen wird sein Geist nicht müde. Er gehört zu den Vielen - wenn auch nicht zu den Nur-Narren, sondern zu den Begabten -, die die Ministerien mit Plänen zur Behebung der Wirtschaftskrise, mit "Columbuseiern" bestürmen. Er dringt aber nicht durch; bei den amtlichen Stellen nicht und bei den Nationalsozialisten, denen er sich eine gewisse Zeit zuwendet, auch nicht. Und nun schiesst er, um sich auf diese Weise - im wahrsten Sinne des Wortes - Gehör zu verschaffen. Im Gerichtssaal wird er versuchen, Wirtschaftstheorien zu entwickeln.

### Träumer erwache!

Aus Theorie und Tat des Dr. Roosen spricht etwas von der Stimmung unserer Zeit. Eine aufgewühlte und bis in ihre Grundlagen erschütterte Epoche bringt begreiflicherweise eine grosse Anzahl Menschen hervor, die fürchten, an dieser Zeit zugrunde zu gehen. Man wehrt sich gegen dieses Geschick. Aber mit welchen Waffen? Das einzige Abwehrmittel, das den Opfern der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Umschichtung, in der wir uns befinden, geblieben ist, ist die Ideologie, die Theorie der Lebensfremden. Man widerspricht der allgemeinen Ansicht. Möglichst laut. Möglichst leidenschaftlich. Mit vielen Verheissungen, wie man es selbst einmal so viel besser machen wird. Man sagt es solange, bis es einige glauben. Zum Schluss wird daraus eine "Bewegung". Der Traum, in den sich die durch Phrasen so leicht "Bewegten" hineinsteigern, entführt die Gläubigen der rauhen Wirklichkeit, mit der sie nicht fertig werden, und zaubert ihnen ein Glück vor, das sie als Ersatz für ihre Lebensuntüchtigkeit gebrauchen. Eine Unmasse von Menschen hat sich so, in einer Art von Lebensflucht, in unsere Zeit hineingeträumt: zum Teil unter dem Hakenkreuz; zum Teil, wie dieser Dr. Roosen, in anderen Formen. Zeit ist's, die Träumer aufzuwecken.

+ + +

"Umgang mit Bildern". Im Berliner van Gogh-Prozess erzählte am Dienstag der als Sachverständige vernommene Leiter der Nationalgalerie, Geheimrat Justi, dass der stete "Umgang mit Bildern bei allen optischen Menschen ein absolut sicheres Kunstgefühl" schaffe. Aus diesem "absolut sicheren Kunstgefühl" heraus erklärte der Sachverständige sämtliche inkriminierten dreissig van Gogh-Bilder unbekannter Herkunft, die durch den jungen Kunsthändler Wacker in den Handel gebracht worden waren, für Fälschungen; die kristallklare Malweise van Goghs unterscheide sich himmelweit von diesem "Geschmiere". Das Groteske dabei ist allerdings, dass gleichfalls in der Dienstag-Sitzung unmittelbar vor Justis Aussage, der auch als erste Autorität geltende holländische van Gogh-Forscher Bremmer mit enthusiastischen Worten von fast religiöser Inbrunst, sogar mit Tränen in den Augen einige jener "zweifellosten Fälschungen" als "zweifellos echt", als erschütternde Offenbarungen einer menschlichen Seele bezeichnet hatte... So äusserte sich zum Beispiel Justi über ein van Gogh'sches Selbstbildnis: "Das ist das schrecklichste Bild, das ich je gesehen habe" - und Bremmer: "Es ist das eins der erschütterndsten Bildnisse, die ich je sah." Farbkompositionen, die der eine als genial und einmalig empfand, bezeichnete der andere als geschludert und fast dilettantisch. Und der Kunstsachverständige Meier-Gräfe berichtete, dass er vor lauter Zweifeln überhaupt keine Entscheidung treffen und schon nachts nicht mehr schlafen könne; gerade bei van Gogh, der zweifellos auch viel schwache Bilder gemalt habe, sei es ungemein schwer, echte Bilder von falschen zu unterscheiden. Verteidiger: "Welchen Wert haben dann Expertisen überhaupt?" Meier-Gräfe: "Einen ungeheuer geringen! Leute, die auf Expertisen hin Bilder kaufen, verdienen ja auch nichts anderes, als darauf hineinzufallen." Verteidiger: "Wenn also bei jedem Zweifel an der Echtheit eines Bildes doch auf die Herkunft zurückgegriffen werden muss, dann könnte man ja auch die Expertise den Notaren übertragen".

Meier Gräfe: "Es gibt immer noch dümmere Leute als die Kunstsachverständigen. Aber einen gewissen Wert hat unsere hier so in Misskredit geratene Tätigkeit doch noch. In jedem Jahr erkläre ich mindestens hundert Bilder für falsch die sonst als echt in den Handel kommen würden."

+ + +  
Erfolgreiche Mördersuche? Vor einigen Tagen wurde in Köln der 70 Jahre alte als Sonderling bekannte Frauenarzt Dr. Rubenson in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Zuerst lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf seinen Sohn, der jedoch sein Alibi nachweisen konnte. Jetzt hat die Polizei die 19 Jahre alte Haushälterin, die zu dem Ermordeten in einem intimen Verhältnis gestanden haben soll, und deren Mutter verhaftet. Bei ihrer Vernehmung haben sich Mutter und Tochter offenbar verplappert und den Namen des Mörders verraten: es scheint dies ein Mann zu sein, der gleichfalls zu dem Rubenson'schen Kreise gehörte.

+ + +  
Land in Nacht und Asche. Auf einer Strecke von über 800 Kilometer sind in den Cordilleren (Südamerika) 8 Vulkane zum Ausbruch gekommen. Weite Gegenden Chiles und Argentinens werden ununterbrochen von Erdstößen heimgesucht; andauernd ertönen gewaltige Donnerschläge; da der Himmel von undurchdringlich dichten Aschenwolken überzogen ist, liegen die von dem Unglück betroffenen Provinzen in tiefer Dunkelheit. In der Stadt Mendoza an der chilenisch-argentinischen Grenze, die im Mittelpunkt der Katastrophe liegt, müssen die panikartig aufgeschreckten Bewohner den ganzen Tag Licht brennen. In den chilenischen Provinzen Colchagua und Talca campiert die Bevölkerung im Freien. Infolge ständiger Gasexplosionen erlitten Tausende Gasvergiftungen.

Nach den Feststellungen der Wetterwarte dürften bisher ungefähr 4 000 Tonnen Silicium-Asche niedergegangen sein. Stellenweise ist die Asche schon so dicht geschichtet, dass der Eisenbahnverkehr eingestellt werden musste. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Giftige Schwefelgase entströmen dem an vielen Stellen aufgerissenen Erdboden. Mehrere Flugzeuggeschwader sind um die Feststellung der grössten Gefahrenherde bemüht. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest.

+ + +  
Arzt ermordet. Der bekannte Wiener Ohrenarzt Professor Dr. Gustav Alexander wurde am Dienstag mittag vor seiner Wiener Wohnung durch drei Revolverschüsse getötet. Der Täter, ein 51jähriger Schneidergehilfe Soukop aus Skalka (Tschechoslowakei), konnte sofort festgenommen werden. Soukop behauptet, dass er einen Racheakt verübt habe: Professor Alexander habe ihn um sein Brot gebracht. Man erinnert in Wien daran, dass bereits kurz vor dem Krieg ein ähnlicher, aber missglückter Anschlag auf Professor Alexander von einem Querulanten verübt worden war; vor Gericht erklärte dann der - später aus Oesterreich ausgewiesene - Attentäter, dass ihm bei einer Operation von Professor Alexander die Nase verunstaltet worden sei.

+ + +  
Gefängnis für Barella. Die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verurteilte den des fortgesetzten Betruges und der Untreue beschuldigten Berliner Waffenhändler Max Barella zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis. Neun Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

+ + +  
Rettung durch Bienen! In Nieukerk an der deutsch-holländischen Grenze flüchteten mehrere von Zollbeamten verfolgte Schmuggler in eine Imkerei und warfen zur Abwehr der Verfolger 15 Bienenkörbe um. Die aufgeschreckten Bienen Schwärme verhinderten die Ergreifung der Schmuggler.

# Wirtschaft Technik Ganvel

Nazi, wie stehst Du dazu?

Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

SPD. Die Elendsberichte aus den Kohlenrevieren häufen sich. Briefe, die uns von Arbeitern zugehen, sprechen eine erschütternde Sprache. Hier sind es ganze Wirtschaftsbezirke, die verelenden, verlumpen und demoralisieren. Die Löhne werden gedrückt. Der Belegschaftsabbau geht weiter. Die Feierschichten häufen sich. Besonders ist das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier betroffen. 1922 waren hier noch 555 000 Bergarbeiter beschäftigt. Bis Ende März 1931 sank die Zahl auf etwa 252 000. Mehr als die Hälfte wurde dem Fluch der Arbeitslosigkeit überlassen. Es waren beschäftigt:

Im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau:

Ende Dezember 1928

550 000 Mann

Ende Dezember 1931

332 000 Mann.

In der Zwischenzeit ist der Abbau der Belegschaften weiter gegangen. Der Ruhrtrust, die Vereinigten Stahlwerke A.-G. in Rheinland-Westfalen geben in ihrem letzten Quartalsbericht folgendes Bild des Belegschaftsabbaus:

Beschäftigung von Bergarbeitern im Ruhrtrust:

Ende März 1931

50 900 Mann

Ende Dezember 1931

42 000 Mann

Ende März 1932

37 600 Mann.

Grenzenloses Elend, in Zahlen dargestellt! Man fragt sich, wie lange die Dinge noch weiter gehen sollen? Man fragt sich, welche Mittel die Zechenherren und Grubenbarone eigentlich haben, um dieser Entwicklung zu steuern? Man fragt sich vergebens! Die Zechenherren verlangen neuen Lohndruck. Sie wollen die Löhne weiter abbauen. Sie wollen dem Arbeiter die Pensionsversicherung und den Urlaub nehmen. Sie wollen die Arbeitslosenversicherung und die Wohlfahrtsfürsorge vernichten. Damit sollen Kosten gespart werden. So will man den Bergbau wieder rentabel machen. Gleichgültig, ob Hunderttausende dabei verhungern. So weit wird es sicherlich kommen, wenn es nach dem Willen der Grubenherren geht. So weit wäre es sicherlich schon gekommen, wenn die Sozialdemokratie in Deutschland, in dem vielgelästerten "System", nicht wenigstens für eine Arbeitslosenunterstützung gesorgt hätte, die zwar nicht ausreicht, die aber zum mindesten vor dem glatten Verhungern auf der Strasse schützt.

Was geht eigentlich vor? Das Organ der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, die "Bergbau-Industrie", hat die beste Antwort gegeben, in sie zusammen:

"Die privaten Zechenherren offenbaren immer mehr, dass sie auf der heutigen Entwicklungsstufe der privatkapitalistischen Gesellschaftswirtschaft die materielle Existenz der Bergarbeiterschaft nicht mehr zu sichern vermögen".

Das ist nicht ganz neu. Das hat bereits der Mann erkannt, der seinen Namen der Bewegung gegeben hat, die man heute Marxismus nennt. Auf Grund der Erkenntnis von Karl Marx hat die Sozialdemokratie schon vor Jahren festgestellt, dass die industrielle Entwicklung dem Privatkapitalismus über den Kopf wächst. Das ist marxistische Erkenntnis. Dass sie zutrifft, dass sie richtig ist, beweist die gegenwärtige Not.

Als Mittel gegen die unheimliche Entwicklung im Bergbau haben die Gewerkschaften auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Bergbau zu verstaatlichen und es gibt kein anderes Mittel, um das Elend einzudämmen, als die Verstaatlichung.



Die freien Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften haben sich für diesen Plan erklärt.

Dazu eine andere Frage! Wie stehen die Nationalsozialisten zur Verstaatlichung? Welche Stellung nimmt diese Partei zur Idee der Verstaatlichung des Bergbaus ein? Die Nationalsozialisten führen das Wort Sozialismus in ihrem Namen und bei jeder Gelegenheit im Munde. Unter Druck der Not sind den Faschisten, gerade weil sie sich als Sozialisten ausgeben, Leute zugelaufen, die es mit dem Sozialismus ernst meinen. Wie denken aber die Führer der Nationalsozialisten? Man weiss, dass Adolf Hitler gute Freundschaft mit den Zechenherren in Rheinland und Westfalen unterhält. Fritz Thyssen, einer der grössten Zechenherren an der Ruhr, einer der Besitzer des oben erwähnten Ruhrtrusts, der Vereinigten Stahlwerke A.-G., hat die Nationalsozialisten mit Millionen unterstützt. Adolf Hitler pflegt, wenn er in Rheinland oder Westfalen weilt, bei Emil Kirdorf zu wohnen. Emil Kirdorf ist aber einer der übelsten Scharfmacher im rheinisch-westfälischen Steinkohlengebiet. Noch heute zittert durch die Bergarbeiterschaft die Erinnerung, wie dieser Mann, besonders vor dem Kriege, gehaust hat. Er schreckte vor keinem Mittel zurück, um die Bergarbeiter zu knechten. In seinen Gruben, bei Gelsenkirchen, wurde die Beamtenschaft so erzogen, dass man Bergarbeitern mit Schlägen drohte und sie auch wirklich schlug. Erst dem Wirken der Gewerkschaften ist es gelungen, hier die ärgsten Misstände abzustellen.

Wir können uns denken, dass Adolf Hitler, der Freund Kirdorfs und der Mann, der mit Bankdirektoren, den Grossaktionären der Ruhrzechen, in Berliner Luxus-hotels frühstückt, nicht geneigt ist, sich für eine Verstaatlichung des Bergbaus einzusetzen. Das wird für Hitler natürlich "Marxismus" sein. Die Marxisten allerdings haben vor gut einem Dutzend Jahren dafür gesorgt, dass eine solche Verstaatlichung auf gesetzlichem Wege, also rein legal, möglich ist. In der vielgelästerten Weimarer Verfassung steht folgender Satz:

"Das Reich kann, durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinnvoller Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen." (Artikel 156 der Weimarer Verfassung).

Die Verstaatlichung ist also nicht nur geboten, sondern auch gesetzlich möglich. Man wird natürlich den nationalsozialistischen Anhängern, die die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus als durchaus in der Ordnung finden, die ganze Angelegenheit auszureden versuchen. Die Bonzen der Nationalsozialisten werden hiermit Argumenten nicht geizen und ihren Anhängern die Sache als Marxismus vermiesen wollen. Deshalb muss für Aufklärung gesorgt werden. Unsere Freunde in den Kohlenrevieren tun gut, wenn sie dieses Aufklärungswerk, besonders während der Preussenwahl, unternehmen. Man stelle jeden Nazi vor die Frage: Wie stehst Du zur Verstaatlichung des Kohlenbergbaus? Man lasse sich nicht durch Ausreden abbringen. Man verlange eine klare und eindeutige Antwort. Gibt der Nazi die Antwort: "Nein, wir sind gegen die Verstaatlichung, weil das Marxismus ist!", dann ist er als Verräter entlarvt. Man soll diesen Nazi dem Gespött der Arbeiterschaft überlassen. Erklärt er sich mit der Verstaatlichung einverstanden, dann wird man ihm zu bedeuten haben, dass er bei der bevorstehenden Wahl sozialdemokratisch zu wählen hat, denn die Sozialdemokratie will die Verstaatlichung. Adolf Hitler treibt nur seinen Scherz damit. Dafür bürgen seine Freunde!

SPD. In Berlin gab es am Dienstag wieder eine Vollbörse. Nach vielem Herumdoktern und nach Experimenten, die unserer Ansicht nach überevorsichtig und zum Teil unnötig waren, hat man sich entschlossen, die Veröffentlichung der sogenannten amtlichen Notierungen, die bis jetzt verboten war, wieder frei-

zugeben. Es ist also der Zustand wieder hergestellt worden, wie er bestand, bevor die Bankenkrise über Deutschland (Juni 1931) hereinbrach.

In der Zwischenzeit, also seit dem Juni 1931, wo man die Börsen zum ersten Mal schloss, und seit dem September 1931, wo man den Versuch machte, die Börsen wieder zu öffnen, der aber infolge neuer Erschütterungen, hervorgerufen durch den englischen Pfundsturz, missglückte, hat sich natürlich viel verändert. Da ist zunächst mal die durch die Notverordnungen verfügte Runtersetzung der Zinssätze bei festverzinslichen Papieren (Zinskonversion). Die Institute, die durch den Verkauf von Papieren eine Schuld übernommen haben, brauchen nach der Notverordnung einen geringeren Zins zu zahlen. Das wirkt sich natürlich auf den Kurs aus. Damit hängt die Abschwächung der Kurse am Rentenmarkt in den letzten Monaten zusammen und auch wohl die noch sehr schwache Haltung, die der Rentenmarkt am Dienstag an der Berliner Wertpapierbörse zeigte.

Aber auch am Markt für Industrieaktien sah es nicht besser aus. Die Kurse lagen schwach und gedrückt. Noch weiss man nicht, was aus den Landeswahlen wird. Noch weiss man nicht, wie die Sanierung, Kapitalzusammenlegung, bei jenen Aktiengesellschaften ausfällt, die sich bisher zu einer Bereinigung noch nicht entschliessen konnten. Dazu kommen böse Vergleichen. In Amerika sind Standardpapiere auf den 30. und 40. Teil ihres ursprünglichen Wertes gefallen. Verglichen mit den amerikanischen Verhältnissen liegen die deutschen Industriekurse noch hoch. Wer aber, so sagen sich Spekulation und sonstige Käufer, garantiert dafür, dass die deutschen Kurse schon auf ihrem Tiefstand liegen? Und niemand kann dafür garantieren. So betrachtet, kann die schwache Berliner Börse am Dienstag nicht überraschen. Immerhin gab es Papiere, die sich gut hielten, auch noch kleine Gewinne zu verzeichnen hatten. Rheinische Braunkohle, die Domäne des Grossindustriellen Silverberg, wurde mit über 155 notiert, also höher als im Durchschnitt des Monats Juni 1931 und September 1931. Die "Ilse", Grossverdiener im ostelbischen Braunkohlenbergbau, wo der tschechische Kohlenmagnat Ignatz Petschek sein Unwesen treibt, erzielte 122 Prozent, fast ebenso viel wie im September 1931 und gegenüber fast 140 Prozent im Durchschnitt Juni 1931. Die rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenwerte lagen natürlich gedrückt. Harpen, produktionstechnisch der beste der westfälischen Kohlenkonzerne, wurde mit 32,5 bewertet (Juni = etwa 53, September = 36,5). Die Vereinigten Stahlwerke, Ruhrtrust, brachten es auf ganze 12 Prozent (Juni = 42,60, September = 24,60), Die AEG, das erste Papier, das von den elektrischen Anzeigern am Dienstag gemeldet wurde, zeigte eine Bewertung mit 22,5 Prozent gegenüber über 100 Prozent vor einem Jahr, 86,30 Prozent im Juni 1931 und 55,30 im September 1931. Siemens-Halske erreichte fast 98 Prozent (Juli = 114,60 und September 108). Nun einige Papiere, die in die grossen Skandale hineingezogen worden sind: Schultheiss-Patzenhofer, die einmal mit Hunderten von Prozenten gehandelt und die im September 1931 noch immer mit 90 bewertet wurden, fielen von 45 auf 40 Prozent. Kreuger blieb ohne Notierung. Svenska (Kreuger), früher einmal ein Wert von 240 bis 300 Mark pro Stück, war mit 8 Mark zu haben. Der Lloyd-Bremen ging mit etwa 11 Prozent ab. (Juli 1931 fast 48 und September 1931 etwa 30 Prozent.)

Für recht viele Papiere konnte überhaupt kein Kurs zustande kommen, obwohl die Banken sogenannte Kompensationsware auf den Markt warfen, d.h. Aufträge ihrer Kundschaft, die von den Banken selbst hätte befriedigt werden können, an der Börse ausführten. Publikumskäufe waren nur wenig zu beobachten. Wo das Publikum verkaufen wollte, hatte es hoch limitiert, also recht hohe Verkaufspreise festgesetzt, die nicht erreicht wurden, und angesichts der hohen Limite hatte die Spekulation keinen Mit, in grösserem Ausmass ins Geschäft zu gehen.

Natürlich werden sich die Dinge an der Börse mit der Zeit einrenken. Vorläufig wirken sich aber die Folgen der grossen Einzelkrisen, auf besonderen Gebieten wie dem Bankgebiet und bei den einzelnen Gesellschaften, noch empfindlich aus.

SPD. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums ein Gutachten über den Versuch einer gesetzlichen Einschränkung der gewerblichen Schwarzarbeit fertiggestellt. Einstimmigkeit herrschte darüber, dass das Ziel nicht allein durch staatliche Massnahmen (Änderung der Gewerbeordnung) erreicht werden könne, sondern dass dazu auch die Selbsthilfe der wirtschaftlichen Krise notwendig sei. Hierzu gehörten eine umfangreiche Aufklärungstätigkeit über die Schädlichkeit der Schwarzarbeit für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher, ein allgemein durchzuführendes tarifliches Verbot der Schwarzarbeit für Arbeiter und Angestellte sowie strengste Bestimmungen über die Ausübung einer Nebentätigkeit durch Beamte. Einmütig vorgeschlagen wurde eine Abänderung des § 14 der Reichsgewerbeordnung, durch die eine Anmeldepflicht vor Beginn des Betriebes, eine Meldepflicht beim Wechsel der Betriebsstätte und eine Abmeldepflicht bei der Aufgabe des Betriebes gefordert werden. Nur geringe Mehrheit erhielt ein Antrag auf Abänderung des § 15 der Reichsgewerbeordnung, nach dem die Behörde verpflichtet sein soll, bei der Anmeldung von Bau- und Baunebengewerben zu prüfen, ob der Anmeldende die berufliche Eignung und die erforderlichen Fähigkeiten besitzt. Weitergehende Anträge, durch die u.a. eine Gleichstellung und Gleichbehandlung der Eigenbetriebe (Regiebetriebe) mit den ordentlichen Gewerbebetrieben erreicht und solche Selbständige getroffen werden sollen, die der Schwarzarbeit Vor-schub leisten und daraus sogar finanzielle Vorteile zu erlangen suchen, fanden keine Mehrheit.



SPD. Das Reichsfinanzministerium errechnet das Gesamtdefizit in den Reichskassen für Ende Februar 1932 mit 1 130 Millionen Mark gegenüber 1 162 Millionen Mark Ende Januar 1932.

Für den Monat Februar ergibt sich im ordentlichen Etat ein Defizit von 300 000 Mark und im ausserordentlichen Etat ein Defizit von 2,7 Millionen Mark.

Für den Verlauf des bisherigen Rechnungsjahres, also von April 1931 bis Februar 1932, stellt sich das Defizit im ordentlichen Etat auf 96,5 Millionen Mark. Dazu kommt ein Defizit aus den Vorjahren in Höhe von 645,5 Millionen Mark, also insgesamt 742 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat beträgt das Defizit für das laufende Rechnungsjahr 126,9 Millionen Mark, wozu 261,4 Millionen Mark als Defizit aus dem Jahre 1930 kommen. Das Gesamtdefizit stellt sich damit im ausserordentlichen Etat auf 388,3 Millionen Mark.



Berliner Viehmarkt.

(12. April 1932)

SPD. Die Schweinepreise hielten sich am Dienstagmarkt auf dem Stand des Vormarktes, trotzdem die Beschickung genügte. Das Geschäft entwickelte sich durchweg glatt. Auch auf dem Hammelmarkt konnten, wenn auch schwerer, die letzten Preise gehalten werden. Grössere Preisaufschläge gab es auf dem Kälbermarkt, wo darüber geklagt wurde, dass der Auftrieb nicht ausreichte. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) --(-), b) (240-300 Pfd.) 39-40 (39-40), c) (200-240 Pfd.) 38-40 (38-39), d) (160-200 Pfd.) 36-37 (36-37), d) (120-160 Pfd.) 33-35 (32-34), Sauen 35-36 (34-36). Schafe: b) 37-38 (37-38), c) 32-36 (33-36), d) 20-30 (22-30). Kälber: b) 55-62 (50-58), c) 42-54 (30-51), d) 18-30 (18-26). Kühe: a) 23-26 (24-27), b) 19-23 (20-23), c) 15-18 (15-18), d) 12-14 (11-14).



## Stärkeres Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 12. April)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag weiter in recht ruhiger Haltung. Am Promptmarkt ist das Weizenangebot etwas stärker geworden; jedoch hielt sich die Nachfrage in engsten Grenzen, da bei der unsicheren Lage die Mühlen grosse Zurückhaltung üben. Die Preislage konnte sich für effektiven Weizen behaupten, während am Markte der Zeitgeschäfte sich sogar einige leichte Preisaufbesserungen ergaben. Roggen in prompter Ware war wenig angeboten und hatte auch nur geringe Nachfrage. Der überwiegende Teil des geringfügigen Angebotes an Inlandsware wurde von den Mühlen in der Provinz aufgenommen. Auch hier lautete die Promptnotiz unverändert, während die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte um 1 bis 2 Mark zurückgingen. Der Mehlmarkt blieb weiter leblos; die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Etwas freundlicher war die Stimmung für Hafer. Die Preise konnten leicht anziehen und der Konsum zeigte sich aufnahmewillig.

|                               | <u>11. April</u>               | <u>12. April</u> |
|-------------------------------|--------------------------------|------------------|
|                               | (ab märkische Station in Mark) |                  |
| Weizen                        | 260 - 262                      | 260 - 262        |
| Roggen                        | 198 - 200                      | 198 - 200        |
| Braugerste                    | 185 - 193                      | 186 - 193        |
| Futter- und Industrierogerste | 172 - 184                      | 172 - 185        |
| Hafer                         | 163 - 168                      | 164 - 169        |
| Weizenmehl                    | 31,50-35,25                    | 31,50-35,25      |
| Roggenmehl                    | 26,40-27,80                    | 26,40-27,75      |
| Weizenkleie                   | 11,35-11,60                    | 11,50-11,75      |
| Roggenkleie                   | 10,40-10,70                    | 10,40-10,70      |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 270 $\frac{1}{2}$  plus Geld (Vortag 270), Juli 275 $\frac{1}{2}$  plus Geld (274 $\frac{1}{2}$ ), September 228 $\frac{1}{2}$  (228 $\frac{1}{2}$ ). Roggen Mai 195 bis 194 $\frac{1}{2}$  (195  $\frac{3}{4}$ ), Juli 197-196 $\frac{1}{2}$  (199), September 187 (188). Hafer Mai 175-176 (174 $\frac{1}{2}$ ), Juli 180-181 (179).

## Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 12. April)

|   |               |             |
|---|---------------|-------------|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | RM            | 1,30 - 1,55 |
| " Weizenstroh "                             | "             | 1,00 - 1,15 |
| " Haferstroh "                              | "             | 1,00 - 1,15 |
| " Gerstenstroh "                            | "             | 1,00 - 1,15 |
| Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt | "             | 1,30 - 1,60 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh             | "             | 1,25 - 1,40 |
| " Weizenstroh                               | "             | 1,05 - 1,20 |
| Häcksel                                     | Tendenz fest  | "           |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken     | "             | 1,85 - 2,05 |
| Gutes Heu, gesund und trocken               | "             | 1,40 - 1,60 |
| Luzerne, lose                               | "             | 2,05 - 2,45 |
| Thymothee, lose                             | "             | 2,40 - 2,70 |
| Kleeheu, lose                               | "             | 2,50 - 2,80 |
| Mielitz-Heu, lose, rein                     | "             | 2,30 - 2,60 |
| " " " (Warthe)                              | "             | - - -       |
| " " " (Havel)                               | "             | - - -       |
| Drahtgepresstes Heu                         | Tendenz fest. | "           |

40 Pfg. über Notiz.



## Der Kampf um den Lohn.

### Zur Tarifpolitik der Baustoff = Unternehmer.

SPD. Die Tarifpolitik der Unternehmer strotzt infolge ihrer inneren Unwahrhaftigkeit förmlich von Widersprüchen und Sinnlosigkeiten. Besonders krass liegen diese in dieser Hinsicht die Dinge in der Baustoffindustrie. Prominente Regierungsvertreter haben bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, die Löhne in den baustofferzeugenden und grobkeramischen Industrien, vor allem aber in der Ziegelindustrie, stünden heute bereits so niedrig, dass ein weiterer Abbau nicht tragbar sei. Was tun aber die Unternehmer? Sie haben die Parole der Arbeitgebervereinigung, die Tarife mit Ablauf der durch die Dezembernotverordnung festgesetzten Frist zu kündigen, fast ausnahmslos befolgt. Die Lohnsätze und zu einem grossen Teil auch die Manteltarife wurden, soweit sie zum 30. April kündbar waren, von den Unternehmern fast restlos gekündigt. Besonders eifrig zeigten sich hierbei die Ziegeleibesitzer. Ihnen genügt der bisherige Lohnabbau ganz und gar nicht. Dabei sind von der in normalen Zeiten beschäftigten Arbeiterschaft in den Baustoff- und Grobkeramikbetrieben jetzt nur noch etwa zwei Fünftel in Arbeit, und davon arbeitet ein grosser Teil verkürzt und zwar vielfach nur 18 bis 32 Stunden pro Woche. Trotzdem Kündigung der Tarifverträge!

Und immer wieder kommen die Unternehmer auch in der Baustoffindustrie mit dem schrecklich abgestandenen Gerede, es bleibe ihnen nichts anderes übrig als Kündigung und Lohnabbauforderung, weil nur auf diesem Wege eine Belebung des Wirtschaftslebens möglich sei. Man sollte glauben, dass jetzt, wo doch die Stundenlöhne gegenüber dem Höchststand bereits bis zu 30 Prozent und die Akkordlöhne bis zu 50 Prozent gekürzt sind, sich wenigstens irgendwo die versprochene Hebung des Wirtschaftslebens zeigen müsste. Statt dessen sind in der Baustoff- und Grobkeramikindustrie neue Stilllegungen erfolgt, und sie erfolgen noch weiter Tag für Tag. Wie tief müssen denn nun die Löhne eigentlich sinken, bis die Unternehmer der Baustoffindustrie wieder "rentabel" produzieren können? Wir fürchten, für die Unternehmer gibt es überhaupt keine unterste Grenze. Wenn es ihnen möglich wäre, Arbeitskräfte zu bekommen, die ihren Lohn und womöglich noch einen hübschen Betrag für die Unternehmer mitbrächten, dann würden die Arbeitgeber immer noch über unrentable Wirtschaft klagen.

Und immer wieder jammern auch die Unternehmer der Baustoffindustrie über Zwangswirtschaft. Erst müsse das freie Recht der Persönlichkeit des Unternehmers wieder hergestellt werden, ehe an ein Wiederaufblühen der Wirtschaft gedacht werden könne. Die Herrschaften laufen mit Scheuklappen in der Welt herum; denn auch schon eine ganze Anzahl Leute aus dem Unternehmerlager zweifeln allmählich daran, dass das System der Systemlosigkeit, d.h. das heutige kapitalistische Durcheinander noch einmal das Wirtschaftsleben wieder in Gang bringt, und deshalb rufen sie nach der Hilfe des Staates. Individuelle Wirtschaftsführung auf der einen Seite, bis diese individuelle Führung das Volksvermögen verpulvert hat und dann, wenn man nicht mehr weiter kann, Hilfe des Staates - so kann es auf die Dauer unmöglich weiter gehen.

Den Staat will man wohl als melkende Kuh benutzen, aber sonst soll er nichts in die Wirtschaftsführung und nicht einmal mehr in die Tarifregelung hineinzureden haben. Auch das für die Arbeitgeber doch recht milde Regiment des Reichsarbeitsministeriums wird noch als lästige Fessel empfunden. Durch

Nichtverbindlicherklärung gefällter Schiedssprüche haben es die staatlichen Schlichtungsstellen und auch das Reichsarbeitsministerium im vergangenen Jahr an verschiedenen Stellen verschuldet, dass in grösseren Bezirken der Baustoffindustrie ein tarifloser Zustand eingetreten ist. Diesen tariflosen Zustand möchten aber die Herren Unternehmer auf der ganzen Linie haben, und sie glauben, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, wo sie mit dem verhassten Tarifvertragszwang Schluss machen können. Wenn erst einmal die Betriebe wieder in Gang kommen, dann wird die Zerschlagung der Tarife schwieriger sein. Deshalb will man jetzt reinen Tisch machen. Einige Arbeitgeberverbände der Ziegelindustrie haben in ihrem Kündigungsschreiben es ganz offen ausgesprochen, dass sie an einem Neuabschluss von Tarifverträgen kein Interesse mehr haben, und sie gern sich daher, darüber zu verhandeln.

Der Arbeiterschaft wird in diesen Zeiten, in denen die Krise ihre organisatorische Stosskraft geschwächt hat, wirklich viel zugemutet. Dieselben Leute, die in der Politik sich nicht genug entrüsten können, wenn ein übermütiger Sieger wie Frankreich rücksichtslos Deutschland aufkniet, knien ebenso rücksichtslos dem eigenen Volksgenossen auf die Brust, weil die Gunst des Augenblicks es ihnen gestattet. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend.

-----

SPD. Zur Vorbereitung der am kommenden Freitag nach längerer Pause wieder stattfindenden Besprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern über lohnpolitische und arbeitsrechtliche Fragen haben - so wird amtlich mitgeteilt - am Dienstag wie üblich getrennte Aussprachen der Sachberater des Ministeriums mit Vertretern der Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über ihre Wünsche zu den Beratungsgegenständen stattgefunden. Die Besprechungen waren vertraulich. -

+

Der Bundesausschuss des ADGB, der am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus getagt hat, nahm auch zur Aussprache im Ministerium über die Lohnfrage Stellung. Einmütig wurde in Übereinstimmung mit dem Lohnpolitischen Ausschuss des ADGB jeder weitere Einbruch in den Lohn als unmöglich abgelehnt. Auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne der hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Berufe noch mehr als bisher dem allgemeinen Lohnabbau anzupassen, wurde schärfster Widerstand der Gewerkschaften angekündigt

-----

SPD. Die Tarifkommissionen der Gemeindearbeiter und der kommunalen Strassenbahner haben am Dienstag gemeinsam zu den Kündigungen der Mantel- und Lohn-tarife, von denen rund 315 000 Arbeitnehmer erfasst werden, Stellung genommen. In den Beratungen wurde festgestellt, dass durch die vier Lohnkürzungen des vergangenen Jahres, durch Arbeitszeitverkürzung Beseitigung von Mehrarbeit, Entlassung und Pensionierung das Lohnkonto der Gemeindebetriebe allein für Gemeindearbeiter und Strassenbahner um mehr als 30 Prozent verringert worden sei. Die treibende Kraft bei den Lohnkündigungen sei das Reichsfinanzministerium. Bedauerlicherweise trete das Reichsarbeitsministerium - das zuständige Ministerium für Lohn- und Tariffragen - fast vollständig in den Hintergrund. Durch die Kündigung der Manteltarifverträge werde eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge beabsichtigt; ferner sei eine Herausnahme bestimmter Gruppen, so des Gesundheitswesens und der Parkarbeiter, aus diesen zentralen Verträgen geplant.

Die Vorschläge des Verbandsvorstandes über die einzuschlagenden Gegenmassnahmen fanden einstimmig die Billigung der Kommissionen.

In der von den Tarifkommissionen einmütig angenommenen Entschliessung,

die den geschlossenen Abwehrwillen der Gemeindearbeiter und Strassenbahner gegen den Lohnabbau zum Ausdruck bringt, wird hervorgehoben, dass jede weitere Lohnsenkung den schärfsten Widerstand der Gesamtkollegenschaft hervorrufen werde. Ebenso werde eine weitere Verschlechterung des sozialen Inhaltes der Reichsmanteltarifverträge nicht kampflos hingenommen. Der Vorstand müsse mit allen Mitteln dahin wirken, dass die drohende Verschlechterung der Lebenslage für die Mitglieder des Gesamtverbandes abgewehrt wird. Aufgabe der Mitgliedschaft sei es, den Kampf für die Erhaltung ihrer Rechte einheitlich und geschlossen zu führen und für den Ausbau des Verbandes tatkräftig einzutreten. Eiserne Disziplin und geschlossenes Handeln sei dringender denn je das Gebot der Stunde.

-----  
Ann.f.d.Red.: Am Mittwoch findet im Plenarsaal des Reichstages der Krisenkongress der Gewerkschaften statt. Wir stellen Ihnen den Kern der Rede Leiparts bereits heute zur Verfügung. Ueber den Auftakt des Kongresses werden wir am Mittwoch im 11,20 Uhr-Funk berichten.

+ + +  
Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart:

Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, dass über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel grössere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellenverhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie aussenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer grosszügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Massnahmen zur Linderung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entheben die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewusstsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die grossen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äusserste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die aussenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innerpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten umso unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlusskraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, dass noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, dass noch immer vielfach Ueberstundenarbeit geduldet wird, dass noch immer Leute, die Pensionen beziehen, andern Arbeitsplätze wegnehmen, dass kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenswoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, dass dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 % aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muss. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, dass das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entsagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, dass es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung grossen Stils sei mit Rücksicht auf die aussenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluss ziehen, dass Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Forderungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf aussenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der grossen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie aussenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.